

AHV-IV-FAK-Anstalten

Dank den Reserven kann aus der Stärke agiert werden

VADUZ Der Jahresbericht der AHV-IV-FAK-Anstalten wurde vom Landtag erfreut zur Kenntnis genommen - trotz des Minus von 131,3 Millionen Franken bei der AHV. Diese hatte im vergangenen Jahr einen Verlust von 144,41 Millionen Franken bei den Vermögenserträgen verzeichnen müssen. Dank der momentan gut laufender Aktienmärkte sei dies jedoch längst egalisiert. «Per Ende April beläuft sich das Plus bereits auf 6,4 Prozent», erwähnte Thomas Vogt (VU). Bei negativen Renditen also nicht gleich in Panik verfallen, so sein Fazit. Auch Elfried Hasler (FBP) fand viel lobende Worte für die Arbeit der AHV. So sei die Reser-

venlage mit über 10 Jahresausgaben (rund drei Milliarden Franken) ausserordentlich komfortabel. In der Schweiz sei es gerade einmal eine einzige Jahresausgabe, die von den Reserven abgedeckt werden. «Von der guten Finanzlage profitieren alle Liechtensteiner», so Hasler. «Sie zahlen deutlich tiefere AHV-Beiträge, erhalten aber merklich höhere Renten und können sie deutlich früher vorbeziehen als in der Schweiz.» Die Einnahmen aus Beiträgen seien seit einigen Jahren jedoch tiefer als die Renten (genannt strukturelles Defizit). Dennoch: Mit den grossen Reserven in der Hinterhand könne man den demografischen Wandel

aus einer Position der Stärke angehen. Die Höchstbelastung sollte hierbei zwischen 2030 bis 2050 mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge stattfinden, danach folge mit geburtenschwächeren Jahrgängen wieder Entspannung. «Schnellschüsse aus der Hüfte sind bei der AHV überhaupt nicht notwendig», fasste der FBP-Abgeordnete zusammen.

64,4 Prozent geht ins Ausland

Herbert Elkuch (NF) machte indes darauf aufmerksam, dass die AHV mit ihrem Umlagesystem (Erwerbstätige finanzieren die Rentner) eine Gefahr darstellen könnte, hinsicht-

lich der 64,4 Prozent AHV-Bezüger, die im Ausland wohnen. Zusammengefasst: Was passiert mit der Vorsorge, wenn keine Grenzgänger mehr kommen?

Und Thomas Lageder (FL) pochte darauf, dass die überschüssigen IV-Gelder in Höhe von fast 30 Millionen Franken in Menschen statt in Wertschriften (im AHV-Fonds) investiert werden sollen. So warte der Landtag seit sechs Jahren auf die Beantwortung des in der Regierungsschublade befindlichen Postulats zum Behinderteneinstiegsgesetz, das konkrete Unterstützungsmassnahmen in der Integration von beeinträchtigten Personen geben soll. (hm)